

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 102 (2008)
Heft: 5

Artikel: Die undemokratischen Sieger der demokratischen Wahlen
Autor: Bossart, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-389960>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die undemokratischen Sieger der demokratischen Wahlen

Die italienischen Parlamentswahlen haben den erklärten Antidemokraten Berlusconi glanzvoll an die Regierungsmacht zurückgebracht. Zusätzlich ist keine sozialistische Partei mehr im Parlament vertreten. Das will gefeiert sein, hat sich die Frankfurter Allgemeine Zeitung gesagt und in der Mittwochsausgabe nach den Wahlen in fünf verschiedenen Artikeln den historischen Wahlsieg der Rechten analysiert. Ein wie so oft auch für die linke Analyse verdankenswertes Unternehmen.

• Berlusconi hat zum dritten Mal die Wahlen gewonnen und die bürgerlichen Kommentatoren üben sich in Durchhalteparolen. Wie sollten sie auch anders, steht und fällt doch mit einer guten Erklärung für das Unerklärliche die Ideologie der westlichen Demokratie. Und wie bei den Moskautreuen Kommunisten seinerzeit die banalsten Tricks herhalten mussten, um den Stalinismus noch zu rechtfertigen, so ist auch hier jede Dummheit billig, um zu verhindern, dass jemand merkt, dass nun eingetreten ist, was nicht sein darf. Die westliche Demokratie oder das, was von ihr seit 1989 übriggeblieben ist, ist in eine Krise geraten, der mit der Realität nicht mehr beizukommen ist. Berlusconi sei nur ein Übergangsregent, will die *Frankfurter Allgemeine* wissen. Und sie versteigt sich im Hauptkommentar zu einer Aussage, die die Verteidigung des demokratischen WählerInnen-Urteils sein soll, tatsächlich aber die Rechtfertigung des eklatantesten Merkmals eines Zerfalls der bürgerlichen Demokratie ist: das Versagen der Gewaltentrennung, die Ohnmacht der Justiz. «Wenn schon Berlusconis Gegnern im Wahlkampf nichts neu Abträglicheres mehr eingefallen ist, wenn die Mailänder Justiz, Richter und Staatsanwälte, in 14 Jahren – seit der Unternehmer in die Politik ging – mit allem Belastungsmaterial ihm nicht beigegeben ist, muss man das demokratische Urteil der italienischen Wähler gelten lassen».

Wählen wie im Supermarkt

Denn wenn auch richtig ist, dass Berlusconi wohl gerade wegen seiner Unantastbarkeit und Verachtung gegenüber demokratischen Einrichtungen willen gewählt wurde, zeigt dieser Leitartikel doch darüber hinaus, wie weit in die demokratische Presse die Akzeptanz solcher Verhältnisse schon vorgedrungen ist. Seit Jahren bereits besteht die Tendenz in verschiedenen Medien, gerade die größten Angriffe gegen die Demokratie als demokratisch schönzureden. Nur schon

die Artikel, mit denen Blochers Projekt der systematischen Demokratiedemonstration in den grossen Schweizer Zeitungen mit dem blossen Hinweis auf seine demokratische Legitimation als gewählter Bundesrat abgetan wurde, sind zahlreich. Seltsam auch das Ausbleiben der Empörung über die offensichtlichen Schummereien der US-Wahlbehörden bei den letzten Präsidentschaftswahlen in Florida, als wäre die Demokratie allein mit der Ausrufung eines Wahlsiegers gerettet. Dabei wird klar, dass Demokratie nur noch als Wahlverfahren hochgehalten wird und nicht mehr, wenn je überhaupt, als Schutz der Schwachen vor der Macht der Starken. Symptomatisch dabei die Bemerkung des Zürcher *Tages-Anzeigers*, dass Berlusconi's neue Partei ein reiner Wahlverein sei, wo Karriere machen kann, wer dem Wahlerfolg des Chefs nützt. Dass man überall zunehmend von Wählern und Wählerinnen spricht, erhält dadurch einen ideologischen Beigeschmack.

Denn ist Demokratie einmal auf das Niveau einer blossen Wahlveranstaltung herabgesunken, kann der Macht nicht mehr viel passieren. Fünfzig Jahre Marketingkapitalismus waren offensichtlich genug, das Wahlverhalten der Menschen in politischen Dingen an jenes im Supermarkt anzugleichen. Gekauft oder gewählt wird, wer es sich leisten kann, seine Produkte genügend lange auf dem tiefsten Preis- oder Moralniveau zu halten. Auch politisiert wird wie im Supermarkt. Kohl hat seinerzeit die DDR-BürgerInnen mit 100 DM Begrüssungsgeld gekauft, bei Berlusconi gibt's bald für jedes Neugeborene 1000 Euro Babygeld.

Die Arbeiter wählen rechts

Das Triumphgefühl der Verteidiger dieser zerfallenen Demokratie ist nun aber gerade im Fall Italien besonders gross. Der Grund ist das Ausscheiden der linken Parteien aus dem Parlament. Dazu schreibt die *Frankfurter Allgemeine* im

Feuilleton: «Alle anderen querulatorischen Kleinparteien, von den konfusen Grünen über die karnevalistischen Radikalen, von Trotskisten und Mussolini-Enkelinnen zu postkorrupten Sozialisten und neapolitanisch kriminellen Klientelparteien –, also all der Bodensatz der Ideologien des zwanzigsten Jahrhunderts und der italienischen Misere, existieren nicht mehr. Das ist die eigentliche Sensation, die der Souverän ermöglicht hat.» Wobei man sagen muss, dass Berlusconi sich von der Mussolini-Enkelin gerade noch vor der Wahl hat küssen lassen und dass die neapolitanisch kriminellen Klientelparteien längst Teil des Berlus-

coni-Bündnisses sind. Bleiben also nur noch die Linken, die rausgeflogen sind. Und das ist es, was gefeiert sein darf. Umberto Bossi, der mächtigste Verbündete von Berlusconi und Chef der Lega-Nord, hat am Wahlabend ausgerufen: «Die Lega haben die Arbeiter gewählt. Die Arbeiter wählen nicht mehr die Linke.» Dass die italienische Rechte diesen Umstand nicht mehr mit klammheimlicher Freude einfach zur Kenntnis nimmt wie all die Jahre zuvor, sondern sich nun selber zur Erbin der Arbeiterparteien erklärt, zeigt wie sicher sie sich der herrschenden Zustände nun ist. Nicht einmal die Alt-Faschisten haben das angesichts der Gegenmacht der kommunistischen und sozialistischen Parteien auf diese Weise behauptet. Erst die Neofaschisten können dies tun. Sie haben demontiert, entsolidarisiert und auf dem Buckel ihrer WählerInnen abgezockt und sind zum dritten Mal wieder da. Wen wunderts,

*Die ewige Wiederkehr des Gleichen
(Bild: Archiv F.G. Baer).*

dass sie glauben, sie könnten ewig wiederkehren. Nicht zynisch, sondern nur konsequent ist dann die Art und Weise der Frankfurter Kommentatoren, Walter Veltroni, den unterlegenen Kandidaten der Mitte, gerade weil er der Linken abgeschworen hat, bereits als zukünftigen Sieger auszurufen: «Veltronis europäischem Pragmatismus ist sogar zuzutrauen, den eitlen Berlusconi in ein paar Jahren auf das symbolische Amt des Staatspräsidenten hochzuloben und sich des Gespenstes der italienischen Politik so zu entledigen.» Berlusconi for ever?

Doch gerade in solchen Aussagen, in denen sich unverhohlenen Triumphalismus mit der Verachtung des demokratischen Wahlverfahrens mischt, zeigt sich, dass im Kern die bürgerliche Demokratie-Ideologie schon lange nichts anderes mehr ist als die Ermöglichung der ewigen Wiederkehr des Gleichen durch eine permanente Rhetorik des pragmatischen Denkens einerseits und des Wandels andererseits. Was aussieht wie die Verteidigung des Wählerwillens ist dessen Verhöhnung kraft der Manipulierbarkeit der zu reinen Wahltieren oder Daumenzeigern reduzierten BürgerInnen. Die grosse Freude über das Ausscheiden der kleinen Parteien und die prospektive Verschmelzung von Berlusconi und Veltroni machen nochmals deutlich, wie sicher man sich mittlerweile dabei ist, die herrschenden Verhältnisse am besten mit faktischen oder virtuellen grossen Koalitionen aufrecht zu erhalten. Kleine Parteien wie die vor vier Jahren noch starke Rifondazione Comunista oder die Linkspartei in Deutschland machen dieses System weniger berechenbar. Deshalb die Aufregung in Deutschland und die Freude über Italien.

Wie wird man eine Regierung los?

Aber die Demokratie ist nicht erst durch die Erfindung der Abwahlshows im TV und der SMS-Abstimmungen der Gratisblätter aufs blosses Wählen oder Abwählen reduziert. Bereits in der bürger-

lichen Demokratietheorie finden sich entgegen aller Beteuerungen einer pluralistischen Zivilgesellschaft und Parteienlandschaft entsprechende Hinweise. Nicht zuletzt beim nicht zufällig bis heute überall hochgeachteten Philosophen Karl Popper. In einem späten Essay zur Theorie der Demokratie reduziert Popper das Problem, ob Demokratie vorliege oder Diktatur, auf die methodische Frage, wie man eine Regierung wieder loswerden kann: ob mit oder ohne Blutvergiessen. Allein die Tatsache aber, dass man die Multimilliardäre – sie heissen Blocher oder Berlusconi – falls sie es wollen, ohne Blutvergiessen offensichtlich auch in unseren Demokratien nicht mehr los wird bzw. ihre Nachfolger – sie heissen Veltroni oder Widmer-Schlumpf – sich ihrer Gnade anempfehlen müssen, macht Poppers Theorie zur Propaganda.

Demokratiekritik

Das Beispiel Italien zeigt es klar. Obwohl das demokratische Verfahren eingehalten wurde, ist die Demokratie geschändet. Ohne dass wir die herrschenden Verhältnisse auch radikal von ihrer demokratischen Legitimation her kritisieren, haben wir als Linke keinen Boden mehr. Demokratiekritik muss zuoberst auf die linke Agenda. Das aber hiesse, Demokratie ist erst in zweiter Linie ein auszuhandelndes Verfahren der Regierungsbildung. Und darüber zu streiten lohnt sich erst, wenn der Kampf um die inhaltliche Bestimmung eines demokratischen Gesellschafts- und Subjektverständnisses gewonnen ist. Wem dient welche Demokratie und wem soll sie dienen? Mit dieser Debatte aber, das ist voraussehbar, ist kurz- und mittelfristig für die Linke nicht viel zu gewinnen, weil man sich dabei so etwa in jedes Fettnäpfchen setzen muss, das einem vom Establishment vorgesetzt wird. Tröstend zu wissen, dass in Italien jetzt zum dritten Mal einer regiert, der gerade das am besten kann. ●